

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell: die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklametell: die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsstand:
für beide Teile in Calw



Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Sprechsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 29

Montag, den 4. Februar 1929

102. Jahrgang

Der Kellogg-Pakt im Reichstag

Kriegsächtung als Ergänzung des Locarnopakts

Eine Erklärung Dr. Stresemanns.

— Berlin, 4. Febr. Die Ratifikationsdebatte zum Kellogg-Pakt, die am Samstag im Reichstag anhub, nahm nur eine knappe Stunde in Anspruch. Die in der Regierung vertretenen Parteien hatten von vornherein auf das Wort verzichtet. Reichsaussenminister Dr. Stresemann selbst widmete dem Pakt, bei dem er gewissermaßen Parteigänger, eine sehr warm gehaltene kurze Begleitrede. Er ist davon überzeugt, daß der Pakt eine neue Epoche internationaler Politik einleitet und er trat der Auffassung entgegen, daß der Kellogg-Pakt durch andere diplomatische Verabredungen in seinem Werte herabgewürdigt werde. Der Reichsaussenminister geht sogar einen Schritt weiter und sieht in dem Pakt eine notwendige Ergänzung des Locarnopakts und der Völkerbundstatuten, und er zitierte wörtlich Briand's Ausführungen bei dem Unterzeichnungspakt in Paris. Außerlich verlief das außenpolitische Intermezzo, dem die debattelose Annahme des deutsch-litauischen Handelsvertrages und des deutsch-rumänischen Abkommens vorausgingen, in ruhiger, sachlicher Form. Das Haus nahm die 12-Minuten-Rede Dr. Stresemanns beifällig auf, abgesehen von einigen Randbemerkungen der Kommunisten. Nach kurzer Zeit konnte die Aussprache bereits geschlossen werden. Sie endete, wie vorauszusehen war, mit der Überweisung des Paktes an den Auswärtigen Ausschuss.

Stresemann

stellt die Behauptungen Poincarés richtig

— Berlin, 4. Febr. Reichsminister Dr. Stresemann wandte sich vor Vertretern der Presse in nicht mißzuverstehenden Worten gegen die unerschrittenen Ansätze des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der am Freitag stattgefundenen Elbsa-Debatte in der französischen Kammer. Nach Mitteilungen, die auf Anfrage in Paris in Berlin eingetroffen sind, habe Poincaré in seiner Rede davon gesprochen, daß die Fonds, die Deutschland nach dem Haushalt für Propaganda zwecke zur Verfügung habe, sich auf 91 548 720 RM. oder umgerechnet auf 600 Millionen französische Franken beläufen. Diese Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten könnten den Eindruck erwecken, daß auch nur ein Teil dieser Summe für ausländische Propaganda verwendet würde.

Um klar zu stellen, wie die im Haushalt vorgesehenen Mittel verteilt seien, die überhaupt für Propagandazwecke in Frage kommen, könne er erklären, daß für die Reichszentrale für Heimatdienst für das Auswärtige Amt ein Gehaltsfonds von 6 Millionen, und ein weiterer Fonds zur Förderung des Nachrichtenwesens vorgesehen sei. Bei der Kulturabteilung handle es sich um Beträge von 6 1/2

Millionen RM. 4 1/2 Millionen hiervon seien für Schulzwecke. Das Innenministerium verfüge über den Betrag von 2 Millionen RM., das Ministerium für die besetzten Gebiete über 4 Millionen RM., davon 3 Millionen für kulturelle Zwecke im besetzten Gebiet. Wenn alle diese Posten zusammengezogen würden, so ergebe sich ein Betrag von 21 639 000 RM.

Dazu muß bemerkt werden, daß beim Auswärtigen Amt 4 1/2 Millionen RM. nicht im üblichen Sinn als Propagandagelder angesehen werden könnten und daß der Betrag für die deutschen Schulden im Ausland erheblich geringer sei als der von anderen Ländern für ähnliche Zwecke im Ausland ausgegebene Summen. Es sei vollkommen unbekannt, so erklärte Dr. Stresemann, worauf sich die Berechnungen des französischen Ministerpräsidenten stützten. Jedenfalls könne man angehts der obengenannten Beträge von einem von Berlin aus mit großen Geldmitteln geförderten Pangermanismus nicht sprechen. Was die Ausgaben für die besetzten Gebiete angehe, so muß bemerkt werden, daß die besetzten Gebiete zu Deutschland gehörten.

Ein mißlungener Rechtfertigungsversuch Poincarés.

Die Kanzlei des französischen Ministerpräsidenten veröffentlichte eine Note, in der die angeblich von deutscher Seite falsch verstandenen Stellen in der Rede richtiggestellt werden sollten.

Die ungeheuerliche Ziffer von 91 Millionen Goldmark, die von deutscher Seite für Propagandazwecke im Jahre 1927 ausgegeben worden sein soll, sucht Poincaré aus einer wahllos zusammengestellten und teilweise unverständlichen Aufzählung der verschiedensten Budgetposten des Jahres 1927 zusammenzurechnen. Es erscheinen u. a.: Heimatdienst, Informationsdienst in Deutschland, Sachverständigenrat im Auslande, Pressedienst, deutscher Informationsdienst im Auslande, wirtschaftlicher Informationsdienst im Auslande, Arbeit im Interesse des Deutschlands (Innenministerium), Hilfe für die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen innerdeutschen Gebiete mit 87,5 Millionen, Ausgaben zur Verteidigung der Kultur der besetzten Gebiete, vorübergehende Hilfe für Grenzbevölkerung. Zum Schluss muß auch noch die Technische Nothilfe herhalten, um die phantastischen Errechnungen des Herrn Poincaré als berechtigt erscheinen zu lassen.

Diese Note Poincarés ist nicht im geringsten geeignet, die Erklärungen Dr. Stresemanns in Beantwortung der Ansätze des französischen Ministerpräsidenten in der Kammer am letzten Freitag abzuwischen. Im deutschen Reichshandelsblatt ist genau umschrieben, für welche Zwecke die für Propaganda angelegten Posten verwendet werden. In keinem einzigen Fall kann von Auslandspropaganda im Sinne der Ausführungen Poincarés gesprochen werden. Der Hinweis auf den Fonds zur Verwendung im innerdeutschen Gebiet muß geradezu lächerlich wirken.

Die bayrisch-preußischen Differenzen

Ministerpräsident Braun verteidigt sich

— Berlin, 4. Febr. Der preussische Ministerpräsident hat, wie schon so oft, bei den betrüblichen Reden der deutschen Länder untereinander auf die Anschuldigung Bayerns das Streikwort geschaltet. Er hat in einer Erklärung wiederum scharfe Worte gebraucht, auch das Verhalten der bayrischen Minister „in der Form maßlos“ genannt und hat erklärt, daß die in „Bayern traditionell gewordene preussengeindliche Stimmung durch unrichtige Behauptungen der verantwortlichen Staatsmänner“ noch genährt würde. Der nach Berlin gerufene preussische Gesandte soll vorerst nicht wieder nach München zurückkehren. Wie seine Erkundungen ergeben haben, will die bayer. Regierung vorerst offiziell auf ihre Erklärungen in der Münchener Presse-Konferenz nicht zurückkommen. Auf die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten hat jedoch Bayern bereits wieder eine Antwort gegeben. Im Interesse des innerpolitischen Friedens wäre es wünschenswert, daß mit derartigen Kanonaden endlich Schluss gemacht würde.

Die sachlichen Darlegungen, die Preussens Ministerpräsident in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellt, haben die Schlichter, die über die politischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, Preußen u. Bayern, in den letzten Wochen fortlich abgehandelt wurden, gestiftet. Man sieht nicht sehr Schönes hier, aber man sieht Klar. Die Aurenburg, die Ministerpräsidenten der Post- und Eisenbahnländer einmal nach Berlin zu rufen, ist dem Gespräch entzogen, das Dr. Feld bei seinem Berliner Besuch mit Dr. Braun geführt hat. Preußen will dabei die Möglichkeit gehabt

haben, durch eine friedliche Diskussion mit dem Reich Klagen vor dem Staatsgerichtshof zu vermeiden. Leider ist ja dann alles anders gekommen. Als das Reich sich Mitte Januar endlich entschlossen, an der Länderkonferenz einzuladen, hatten die Länder bereits in Leipzig ihre Forderungen angemeldet, trotz, wie Herr Braun meint, der Ausführungslosigkeit, je ihre Milliardenforderungen befristet zu sehen, selbst wenn die Urteile allen ihren Erwartungen gerecht werden. Bei den Berliner Besprechungen behauptet Dr. Braun, hätte Preußen zu weitestgehender Rücksichtnahme für die bedrängte Lage des Reichs gemacht. Lebhafte Widerspruch habe es nur gegen die Forderung Gelds erhoben, erst einmal und allen anderen voran, Bayerns Ansprüche zu befriedigen.

Die Stimme der Vernunft.

In den Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten schreiben die „Bayerischen Nachrichten“, man sollte endlich einmal aus der Sackgasse herauskommen, in die man sich verrannt habe, und anstatt der gegenseitigen Beschuldigungen und Kämpferleier zwischen Preußen und Bayern versuchen, herauszufinden, wie man Schulter an Schulter das Leisten könne, was Deutschland in dieser schweren Zeit nötig habe. Die gegenseitigen Anwürfe, wie „Preußen alibi Bayern sein“ und dergleichen hätten nicht dazu beitragen, die Stimmung zu verbessern. Nutzen aus diesem Streit zögen doch nur diejenigen Stellen im Auslande, die jede Schwächung Deutschlands mit der größten Genugtuung zur Kenntnis nähmen.

Tages-Spiegel

Im Reichstag wurde am Samstag die erste Lesung des Kellogg-Paktes vorgenommen. Dr. Stresemann gab eine Erklärung über die Bedeutung des Paktes ab.

Der Reichsaussenminister stellte in einer Erklärung an die Presse die Behauptungen Poincarés über die Propagandazentralität Deutschlands im Auslande richtig.

Die Reichsregierung wird, wie von unterrichteter Seite versichert, auch dann nicht zurücktreten, wenn das Amt des Verkehrsministers aus dem Kabinett abberufen sollte.

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen haben wegen der unannehmlichen Haltung des Zentrums keine Fortschritte gemacht.

Ministerpräsident Braun gab eine Erklärung ab, in der er die Vorwürfe der bayrischen Minister gegen Preußen zurückwies und widerlegte.

In allen Gemeinden des Ruhrgebietes wurden am Sonntag viel schmutzige Kundgebungen der Prieger-Verleumdungen gegen die Kriegsschuldfrage veranstaltet.

Das Minderheitenproblem

Eine amtliche Verlautbarung des Völkerbundes.

— Bern, 4. Febr. Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlichte zu dem im Namen der Reichsregierung eingegangenen Antrag Dr. Stresemanns in der Minderheitenfrage folgende amtliche Verlautbarung: Der Generalsekretär des Völkerbundes hat einen Brief des deutschen Ratsmitgliedes Herrn Dr. Stresemann erhalten, in dem in Übereinstimmung mit der von Dr. Stresemann in der Ratstagung vom 15. Dezember abgegebenen Erklärung darum erucht wird, folgende Frage auf die Tagesordnung des Rates zu legen.

„Die Garantie des Völkerbundes für die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten.“

Infolgedessen hat der Generalsekretär diese Frage auf die vorläufige Tagesordnung der nächsten Ratstagung, die am 4. März in Genf beginnt, gesetzt. Bekanntlich ist andererseits auf Antrag des kanadischen Ratsmitgliedes Vandenburg die Frage des bei Minderheitenbeschwerden anzuwendenden Verfahrens auf die Tagesordnung der 51. Ratstagung gesetzt worden.

Die Pariser Abendpresse kommentiert teilweise sehr erregt das Verlangen Stresemanns, die Minderheitenfrage vor den Völkerbundrat zu bringen und behauptet sogar, daß die Initiative des deutschen Außenministers eine direkte und drohende Antwort auf die Elbsa-Debatte in der französischen Kammer darstelle. — Der „Intranſigant“ ist der Ansicht, daß Stresemann die Minderheitenfrage zu ungeeigneter Zeit aufrollt. Stresemann aber habe keine Pläne. Die Verhandlungen der Sachverständigen würden schwierig sein. Deutschland beginnt damit, eine drohende Haltung einzunehmen, die seiner Meinung nach die Alliierten nur veranlassen könnte, seinen deutschen Schuldner zu schonen. Das Ziel sei zu erkennen und es sei zu hoffen, daß Frankreich sich nicht breitschlagen lasse.

Gegen die Kriegsschuldfrage

Ein Aufruf des Ruffhäuserbundes.

— Berlin, 4. Febr. In der großen Mehrzahl aller dem Deutschen Reichskriegerbund „Ruffhäuser“ angeschlossenen 30 000 Kriegervereine fanden am 2. und 3. ds. Mts. im ganzen Reich hart besetzte Kundgebungen gegen die Kriegsschuldfrage statt. Der Vorstand des Ruffhäuserbundes hat seine 30 000 Vereine mit ihren drei Millionen Mitgliedern in einem besonderen Aufruf aufgefordert, in diesem Jahre, in dem sich bekanntlich am 2. Juli zum 10. Male die Unterzeichnung des Versailler Vertrages feiert, mit allen an Gebote stehenden Mitteln für Wahrheit und Ehre gegen die Kriegsschuldfrage zu kämpfen.

Notlandung eines deutschen Verkehrsflugzeugs bei Paris

— Berlin, 4. Febr. Wie die Deutsche Postkammer mitteilt, mußte das deutsche Streckenflugzeug L 20 in Paris wegen dichtem Nebels in Epinay, 20 Kilometer nördlich von Paris eine Notlandung vornehmen, die erfreulicherweise glimpflich verlief. Der Führer des Flugzeuges, Flugkapitän Wende und sein Bordflunker blieben unverletzt, während der Bordmechaniker eine leichte Stirnverletzung davontrug. Das beschädigte Flugzeug hatte außer der Besatzung nur Fracht an Bord, die unverletzt gelagert werden konnte.

Die Kriegsschiffneubauten Englands und Amerikas

II. London, 2. Februar. Im Zusammenhang mit Erklärungen des ersten Lord der Admiralty Bridgeman und offenbar in noch stärkerem Grade unter dem Einfluß der Verhandlungen über die Kreuzerfrage im amerikanischen Senat veröffentlicht der Flottenkorrespondent des Daily Express eine Uebersicht über die englischen und amerikanischen Kriegsschiffbauten in der Nachkriegszeit. Darnach baute Großbritannien in der Nachkriegszeit 17 Schiffe mit 163 000 Tonnen, während die Vereinigten Staaten 18 Schiffe mit 135 000 Tonnen auf Kiel legten. Nur für die geplanten Schiffneubauten wird das Verhältnis zugunsten der Vereinigten Staaten verändert, die 15 neue Schiffe mit 150 000 Tonnen beantragten gegen 8 Schiffe Englands mit 26 800 Tonnen.

Wahabitenüberfall auf Transjordanien?

II. London, 2. Febr. Nach Meldungen der British United-Press aus Jerusalem soll der mächtige Araberstamm Beni Herb im Anmarsch auf transjordanisches Gebiet sein mit der Absicht, die dortigen Stämme zu überfallen. In der Meldung heißt es weiter, daß auch die Wahabiten im Glauben an eine Schwächung der britischen Stellung im dortigen Mandatsgebiet infolge des Zusammenbruchs der Unterhandlungen der britischen Vertreter mit der Irakregierung geneigt sein sollen, in das Irakgebiet einzufallen. Alle Stämme in Transjordanien seien gewarnt worden und zogen sich in das Innere des Landes zurück. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

Wie die Vossische Zeitung aus Jerusalem meldet, hat die englische Regierung ein ultimatives Memorandum an Ibn Saud gerichtet, in dem die strenge Bestrafung des Wahabitenstammes gefordert wird, der kürzlich eine amerikanische Reisegesellschaft während einer Autofahrt zwischen Basra und Koweit überfiel und dabei einen amerikanischen Missionar tötete.

Derselbe Stamm fiel auch nach Koweit ein und tötete im Kampf mit den dortigen Eingeborenen 50 Mann. Die britisch-irakische Luftflotte verfolgte und bombardierte die Attentäter. Obwohl im Jahre 1927 etwa 400 Eingeborene britischer Mandatsgebiete in ähnlichen Kämpfen gefallen seien, habe die britische Regierung jetzt zum ersten Male energische Schritte unternommen, offenbar auf amerikanische Vorstellungen hin.

Der Mißerfolg der englischen Politik in Afghanistan

Der englische Gesandte in Afghanistan wird abberufen.

Der stille Kampf zwischen Rußland und England um ihren asiatischen Vorposten Afghanistan hat das erste Opfer gefordert. Der englische Gesandte in Afghanistan, Humphreys, hat — wie man in England erklärt, um unnötiges Blutvergießen zu ersparen — Habibullah stark unterstützt, weil dieser Vandalenführer von Anfang an betonte, daß er sich stark an England anlehnen werde. Die Russen scheinen demgegenüber diesmal die Geschickteren gewesen zu sein und haben abgewartet, bis die Wetterfahne wieder günstiger für Amanullah stand. Mit der Rückkehr des Königs nach Kabul wird natürlich die Lage für den englischen Gesandten unhaltbar; für diesen Fall ist bereits seine Abberufung verfügt, und zwar soll er sich schleunigst auf dem Luftwege entfernen. Damit hat England den ersten Sündenbock gefunden, um offiziell seine Politik der Nichtmischung aufrecht erhalten zu können.

In der Erklärung Chamberlains, daß Amanullah von England nicht als rechtmäßiger König von Afghanistan anerkannt werde, schreiben die „Times“ die „Fveitja“, diese Erklärung bedeute die Pläne Englands in Afghanistan auf. Alle Thronanwärter, außer Amanullah, seien englische Figuren, die daran interessiert seien, die Selbstständigkeit Afghanistans zu untergraben. Werde Afghanistan englisches Protektorat, so bedeute dies eine militärische Gefahr für die Sowjetunion.

Dynamit-Attentat auf ein Postamt

Die Täter ohne Beute entkommen

II. Böttrop, 2. Febr. In der Nacht zum Freitag wurde in die Postagentur 2 ein Einbruch verübt, wobei versucht wurde, den Geldschrank zu sprengen. Die Täter brachen die Haustür mit einem Stemmeisen auf und gelangten dann von dort in den im Parterre gelegenen Dienstraum, in dem der Geldschrank stand. Die Sprengung gelang den Tätern nicht vollständig, da die Tür nicht nachgab. Es wurde nur der Beschlag abgerissen und das Schloß des Geldschrankes beschädigt.

Um sich vor Überraschungen zu sichern, hatten die Täter die Schlüssellocher der Haustüren zu den Privateingängen von außen mit Holzpfählen verstopft, so daß ein Aufschließen von innen verhindert war. Durch den Knall der Sprengung wurden die im Hause wohnenden Postbeamten wach und riefen um Hilfe, worauf die Täter flüchteten.

Der große Bankraub in Berlin

Ein Meisterstück der Einbruchskunst.

Haben Geldschrankmacher geliefert, die nach einer Vorbereitung von etwa 14 Tagen den Tresor einer Filiale der Diskonto-Gesellschaft in Berlin aufbrachen und 175 Fächer ausplünderten. Die Banditen, die mit einer unglaublichen Kalibllichtigkeit und Ruhe an die Arbeit gegangen sind, haben in wochenlanger nächtlicher Tätigkeit einen unterirdischen Gang durch Mauerfundamente und unter dem Bürgersteig hindurch gegraben, Stahlplatten durchbohrt, Gitter befestigt und schließlich den Tresor erreicht, wo sie dann in der Nacht zum Sonntag in aller Ruhe ein Fach nach dem anderen öffneten und Millionenwerte daraus stahlen. Die Diebe verriegelten durch ausgebrochene Eisenstücke die schweren Riegel der Türen des Tresors, so daß am Montag die Bankbeamten den Raum nicht betreten konnten. Eine Geldschrankfabrik schweißte dann in fünfzehnstündiger Arbeit

ein Loch in die Tresorwände, um die Türen zu öffnen, wobei man den Einbruch entdeckte.



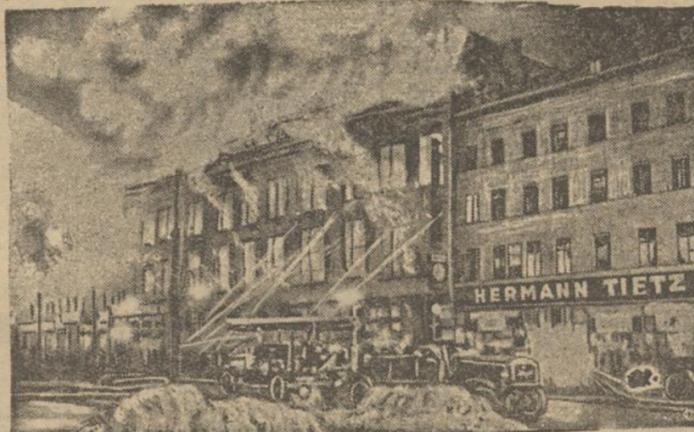
Unsere Bilder zeigen: Oben das Geschäftsklokal der Diskontogesellschaft in der Kleiststraße 23, am Wittenbergplatz.

der Schauplatz des Einbruchs. Die Aufnahme wurde in der Nacht kurz nach der Entdeckung des Einbruchs gemacht.

Unter das erste Loch, das die Einbrecher vom Keller aus in die Fundamentmauer des Gebäudes stemmten. Sie bohrten die Lichtleitungen säuberlich zur Seite, ohne sie zu beschädigen, damit kein Kurzschluß entstand, der zu einer vorzeitigen Entdeckung hätte führen können. Von dem Loch in der Fundamentmauer gruben die Einbrecher einen regelrechten Schacht, der mit Balken und Brettern abgestützt war, unter dem Bürgersteig entlang bis zu dem Pflaster des Tresors. Dieser mit Stahlplatten umkleidete Lichtschacht wurde von ihnen durchbrochen, ein abschließendes Gitter ebenfalls befestigt, worauf sie in die Silberkammer gelangten. Von dort aus drangen sie nach Befestigung eines weiteren Gitters in den Tresorraum ein. Die Einbrecher mühten sich etwa 14 Tage lang an den Vorbereitungen gearbeitet haben; dabei haben sie etwa 20 Kubikmeter Sand in einem Keller unter einem Koksaußen aufgeschüttet und sämtliche Werkzeuge, Gebläse usw. durch diesen Schacht nach dem Tresorraum geschleppt. Die ganze Tat zeugt von einer Kaltblütigkeit ohne Gleichen, so daß man die Täter in den Kreisen der gewiegtesten Geldschrankmacher zu suchen haben wird.

Obwohl die Höhe des Schadens, der durch den verwegenen Einbruch den Inhabern der Schließfächer entstanden ist, noch nicht annähernd feststeht, wird allgemein mit begreiflichem Interesse danach gefragt, ob und in welcher Höhe die Verluste durch Versicherung gedeckt sind. Es besteht ein Versicherungsvertrag zwischen der Diskontogesellschaft und der Allianz-Versicherung-A.G. und dieser Vertrag umfaßt auch die Schließfächer. Die Bank hat also Erfahsansprüche gegen die Allianz und wird bei deren Befriedigung an dem Erlös selbstverständlich die geschädigten Kunden teilnehmen lassen. Schwierig wird aber dabei für die Kunden sein, ihre Erfahsansprüche zu beweisen.

Der Berliner Warenhausbrand



Der Schaden ist 21,5 Mill. wertig.

Die Höhe des Schadens, der infolge des Brandes im Berliner Kaufhaus Tietz in der Chausseestraße entstanden ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Der Schaden ist jedoch durch Versicherung voll gedeckt. Der Wiederaufbau des völlig ausgebrannten Warenhauses wird sobald

wie möglich in die Wege geleitet werden. Der Berliner Polizeipräsident hat den Einbau einer automatischen Regeneinrichtung gefordert, die sich durch das ganze Haus zieht und in Abständen von 4 Metern eine Dampfbrenne aufweist, die sich bei einer bestimmten Temperatur selbsttätig auslöst, so daß ein Brand im Entstehen verhindert wird.

Winterkälte und Unwetter

Ungeheure Kälte in Rußland.

Wie aus Moskau gemeldet wird, herrscht zur Zeit in der ganzen Sowjetunion eine ungeheure Kälte. In der kirgisischen Steppe sind ganze Karawanen umgekommen. In der Ukraine zeigt das Thermometer 31 Grad und in Sibirien 41 Grad Celsius unter Null.

Organ über Ragusa.

Aber Ragusa tobte ein Orkan, der zahlreiche Bäume entwurzelte, Dächer abdeckte und viele Häuser beschädigte. Der Orkan war so stark, daß jeder Verkehr unmöglich war. Wie es heißt, sollen dem Orkan vier Menschen zum Opfer gefallen sein, doch liegt eine amtliche Bestätigung hierfür noch nicht vor.

Große Sturmverheerungen an der russischen Schwarzmeerküste.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat ein orkanartiger Sturm an der kaukasischen Küste des Schwarzen Meeres große Verheerungen angerichtet. In der Bucht von Suchum wurden mehrere Küstendampfer zerstört. Ständig werden Teile von zertrümmerten Dampfern ans Land gespült. Die Zahl der Menschenopfer steht noch nicht fest.

Schwere Stürme an der südamerikanischen Küste.

In den südamerikanischen Küstengebieten wüten nach Meldungen aus São Paulo schwere Stürme, begleitet von wolkenbruchartigen Regenfällen, durch die die Schifffahrt schwer beeinträchtigt wird. In São Paulo wurde ein Haus vom Sturm umgeweht, wobei vier Personen getötet und zwei verletzt wurden. In Buenos Aires fiel ein Hochspannungsdraht auf einen Mann, der durch den Schlag sofort getötet wurde. Im Hafen von Valparaiso sind während des Sturmes zwei Schiffe gesunken.

Aus aller Welt

Großfeuer in einem französischen Befahungsgebäude

In Mainz geriet eine große Lagerhalle der französischen Befahungsbehörde, in der hunderte von Automobilen der Befahung untergebracht sind, nachts in Brand. Infolge der großen Benzinmengen verbreitete sich das Feuer außerordentlich rasch. Die Befahung alarmierte die Mainzer Feuerwehr, die mit 2 Löschzügen anrückte. Bei den Löscharbeiten fand der Oberbrandinspektor Lechner beim Einbruch der Brandmauer den Tod. Ein weiterer Feuerwehrmann wurde schwer verletzt.

Großer Postraub in London.

Wie aus London gemeldet wird, sind aus dem Mount Pleasant-Postgebäude des Londoner Bezirks Clerkenwell

15 Postfächer mit registrierten Briefen im Werte von 600 000 Mark verschwunden. In dieser Postanstalt werden alle Postfächer täglich durch die Station. Die 15 fehlenden Fächer wurden in einem einzigen Postwagen von der Bahn geholt. Sie kamen auch bei dem Posthaus an und wurden abgeladen. Kurze Zeit darauf wurden sie vermisst.

Aus Württemberg

Das Wohnungsbauprogramm der Stadt Stuttgart.

Der ersten Sitzung des Stuttgarter neuen Gemeinderats lag eine Ergänzungsvorlage zu dem Wohnungsbauprogramm der Stadt für die Etatsjahre 1928 und 1929 vor. Trotzdem im Jahre 1928 zweitausend Wohnungen bezugsfertig erstellt worden sind, festen in Stuttgart immer noch 10 000 Wohnungen. Das städtische Wohnungsbauprogramm von 1200 Wohnungen erfordert 6,6 Millionen Mark städt. Gelder und 4,75 Mill. Mark Zuschüsse der Kreditanstalt. Dazu kommen zur Unterstützung des privaten Wohnungsbaus ein städt. Aufwand von je 1 Mill. Mark für Zuschdarlehen und für die Erschließung von Gelände. Insgesamt wird das Bauprogramm 1928-29 15 Mill. RM erfordern. Es wären erhebliche Ersparnisse zu erzielen, wenn auf Grund eines sicheren und festen Finanzplans ein Generalplan etwa für die nächsten drei Jahre aufgestellt werden könnte. Für die Durchführung eines solchen Generalplans, der etwa die Erstellung von 10 000 Wohnungseinheiten vornehmlich durch eine zusammengefaßte Gesellschaft vorziehen müßte, wären neben den Mitteln der Gebäudeversicherungssteuer noch ca. 30 Millionen Mark in den nächsten drei Jahren erforderlich. Es sollte der ernsthafteste Versuch unternommen werden, diese 30 Millionen als erschießliche Hypothek zu beschaffen. Aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Stuttgart für 1928

Aus dem dem Gemeinderat vorgelegten Verwaltungsbericht der Stadt für 1928 ist folgendes hervorzuheben. Au Straßenbauten sind geplant der Umbau der Planie unter Beseitigung des Hoffschenaubaus, die Verbreiterung der inneren Bahnhofstraße bis zur Volkramstraße, der Bau der Straße Cannstatt-Untertürkheim-Obertürkheim, sowie der Ausbau der Straßen Wangen-Heßlingen und Obertürkheim-Mettingen. An neuen Straßenbahnlinien sind geplant die Linie Cannstatt-Untertürkheim-Obertürkheim, sowie der zweigleisige Ausbau der Vorortbahn Stuttgart-Ehlingen. Ueber die verschiedenen Möglichkeiten, den Verkehr mit den Fildern günstiger zu gestalten, soll dem Gemeinderat demnächst eine Vorlage unterbreitet werden. Geplant sind auch weitere Autolinien in der Umgebung von Stuttgart. Die Zahl der städtischen Wohnungen ist auf rund 5000 angewachsen, worunter rund 4100 seit 1918 erstellt

Neubauwohnungen. Der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung ist im ganzen nicht ungünstig. Die Zahl der Todesfälle betrug rund 3700, in den beiden letzten Jahren über 3300. Das neue Stadt-Bad in Heslach mit seiner großen Schwimmbad kann voraussichtlich im Mai 1929 eröffnet werden. Das chemische Untersuchungsamt hat 24000 Milchproben vorgenommen. Von allen untersuchten Milchproben erwiesen sich 1,6 Prozent als gefälscht bzw. der Fälschung verdächtig. Außerordentlich stark ist der Zug zu den höheren Schulen. In Alt-Stuttgart traten aus einzelnen Schulen bis zu 75 von 100 Grundschulern in höhere Schulen über. Der Fleischverbrauch betrug 61 Kg. je Einwohner gegen 58,4 Kg. im Vorjahr. Das Elektrizitätswerk mit mehr als 50 Mill. Anlagekapital weist eine erfreuliche Steigerung der Stromabgabe auf. Die Zahl der an das Stromnetz noch nicht angeschlossen Wohnungen beträgt nur noch rund 1000 gegen 16500 im Vorjahr. Der Gasverbrauch hat um nahezu 10 Prozent zugenommen und übersteigt jetzt 70 Millionen Kubikmeter. Bezüglich der Wasserversorgung wird der Wunsch ausgesprochen, daß es der Stadt Stuttgart nicht zu schwer gemacht werde, sich das Lebenselement „Wasser“ in genügender Menge zu beschaffen und zwar durch Entnahme des Wassers aus dem Gpachtal. Die Einlagen bei der Stadt-Sparkasse haben sich von 52 auf 75 Millionen erhöht. Der Geschäftskreis des Wohlfahrts- und Jugendamts umfaßt 6800 Minderjährige. Der Anfall an Steuern wird voraussichtlich die Beträge erreichen, die im Haushaltsplan vorgegeben sind. Die Gemeindefuld hat sich auf rund 57 Millionen RM. erhöht. Für Aufwertung der städt. Schulden wurden 13,75 Mill. verausgabt, 4,7 Mill. Mk. mehr als die gesetzliche Mindestverpflichtung verursacht hätte.

Württ. Landtag

Beratung der Gemeindeordnung.

Der Verwaltungsausschuß des Landtags behandelte die Art. 100—166 der Gemeindeordnung. Art. 74 Abs. 3 wurde auf Antrag Klüche wie folgt gefaßt: Öffentliche Verhandlungen des Gemeinderats sind ortsüblich oder mindestens durch Anschlag am Rathaus bekannt zu machen. Der Art. 63 des Entwurfs erhielt als Art. 102a auf Grund eines Antrags Klüche, der mit 9 gegen 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen wurde, folgende Fassung: „1. Das Amt eines Gemeinderats ist ein Ehrenamt. 2. Zur Entschädigung für die Zeitversäumnisse, die den Mitgliedern des Gemeinderats durch die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderats, seiner Abteilungen und Ausschüsse oder durch Dienstverrichtungen außerhalb der Sitzungen erwächst, kann durch Gemeinderatsbeschluss ein Taggeld gewährt werden. 3. Bei Dienstverrichtungen außerhalb des Gemeindebezirks erhalten die Gemeinderatsmitglieder eine Entschädigung für den Mehraufwand einschließlich der Reisekosten. 4. Durch Verordnung können Höchstgrenzen für die nach Abs. 2 und 3 zu regelnden Entschädigungen festgesetzt, sowie Grundsätze für die Besoldung besonderer Dienstverrichtungen aufgestellt werden. 5. Außerdem beziehen die Mitglieder des Gemeinderats für ihre dienstliche Tätigkeit die durch gesetzliche Vorschriften bestimmten Gebühren. Falls für eine Tätigkeit zugleich ein Taggeld (nach Abs. 2) gewährt wird, fällt die Gebühr in die Gemeindekasse. Zu Art. 113 fand ein Antrag des Bauernbundes Annahme, wonach für die Anstellung eines Anwalts oder sonstiger Gemeindebeamter in selbständiger Stellung die Zurücklegung des 25. Lebensjahres notwendig ist, von diesem Erfordernis jedoch aus besonderen Gründen Befreiung bewilligt werden kann.“

Aus Stadt und Land

Calw, den 4. Februar 1929

Abhängigkeit.

Je mehr sich einer gehen läßt, umso weniger lassen ihn die andern gehen. Niebiche.
Wiedel mehr kostet die fremde Meinung uns täglich Geld und Sünde als die eigene! Jean Paul.
Die Erlebnisse sind nie schlimmer als man selber ist. Steffen.

Brand in Holzbronn.

In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde die Einwohnerschaft von Holzbronn durch Feueralarm aus dem ersten Schlaf geweckt. Es brannte in dem Doppelhaus des Landwirts Friedrich Vug und Friedrich Bernhardt. Glücklicherweise konnte größerer Schaden vermieden werden, da das Feuer, das im Dachstuhl in unmittelbarer Nähe des Kamins ausbrach, bald bemerkt wurde. Dank dem raschen und energischen Eingreifen der Hausbewohner und der Feuerwehr wurde eine weitere Ausdehnung des Brandes verhindert und so drei Familien vor größerem Unglück bewahrt.

3. Vortrag des Ev. Volksbundes in Stammheim

Den 3. Vortrag des Ev. Volksbundes in Stammheim hatte Pfarrverweiser Günzler von Holzbronn übernommen. Er sprach über Pastor Bodelschwingh und sein Werk in Basel. Von Bodelschwingh erblickte am 6. März 1831 das Licht der Welt. Er entstammte einer der besten Kreise Westlars, sein Vater war Kultminister. Der vielbeschäftigte Vater konnte sich seinen Kindern sehr wenig widmen, um so mehr stand die Mutter den Kindern treulich zur Seite. Der junge Bodelschwingh entschloß sich, Landwirt zu werden. Nach Beendigung seiner Lehre kam er als Inspektor nach Pommern. Das entscheidende Ereignis seines Lebens war hier die Lektüre eines Traktats über den Chinesenknaben Tschin, der in England von Jesus geführt hatte und sich nun entschloß als Missionar nach China zu gehen; aber ein langes Siechtum hinderte ihn an der Ausführung seines Plans. Bodelschwingh entschloß sich nun, Pfarrer oder Missionar zu werden, und so geht er auf die Hochschule, Theologie zu studieren. In Basel erfaßt ihn eine große Liebe zur Mission, und er folgt nun einem Rufe von Pfarrer Vater in Paris, der die in dieser Stadt lebenden Deutschen zu einer Gemeinde sammeln wollte. Die bei-

den Männer erbauten in Paris eine Kirche, die auch zugleich als Schule für die verwaisten Kinder benützt wurde. Seine Arbeit war reich gesegnet. Nach Rückkehr in die Heimat setzte er auf seiner Pfarrstelle in Westfalen seine ganze Kraft ein, machte aber in seiner Gemeinde schlechte Erfahrungen. Auch mußte er in seiner Familie viel Schweres durchmachen. In kurzer Zeit starben ihm vier Kinder. Im Jahr 1872 folgte er einem Rufe als Leiter der dortigen Anstalt für Epileptische und entfaltete hier eine außerordentliche Tätigkeit. Er suchte die Arbeit nicht, sie kam von selbst. Nachdem Bodelschwingh die Leitung übernommen, kamen Anfragen und Bitten um Aufnahme von Epileptischen aus dem In- und Ausland. Bald wußte die Anstalt erweitert werden. Die vermehrte Arbeit erforderte mehr Pfleger und Pflegerinnen; auf diese Weise entstand die Anstalt für Diakonen und Diakonissen. Neue Not brachte der Krieg des Jahres 1870 und 1871. Die Handwerksburgenplage nahm erschreckend überhand. So entstanden Bodelschwinghs Werke der Barmherzigkeit für die Brüder von der Landstraße. Als die Kolonie Deutsch-Ostafrika vom Deutschen Reiche erworben wurde, brauchte man für dieses Gebiet Missionare. Alle Missionsgesellschaften mußten ablehnend antworten, weil sie niemand zur Verfügung hatten. Da wendete sich die Regierung an Bodelschwingh und sofort schickte er Brüder und Schwestern dorthin. Dieser Ruf gab ihm den Anlaß zur Gründung der Anstalt der äußeren Mission. Da es an Wohnungen fehlte, sorgte er dafür, daß solche gebaut wurden. Der Verein „Arbeiterheim“ ist sein Werk. Auch von privater Seite wurde er oft um Rat und Hilfe gebeten und man tat keine Schilte bei ihm: Aus dem kleinen Betsel ist inzwischen eine Stadt von 8000 Einwohnern geworden, und das alles hat Bodelschwingh ins Leben gerufen, obwohl er selbst kein Geld hatte. Im Jahr 1810 schloß der große Mann für immer seine Augen. Ehre seinem Andenken!

Weidet auch den falschen Schein.

ep. Unter dieser Überschrift äußert sich Präsident a. D. Karl Bälz in einem kürzlich in einer Stuttgarter Zeitung erschienenen Artikel zur Fastnacht 1929. Seine Aufforderung hat ihre Gründe. Er erzählt von einem persönlichen Gespräch mit einem Auslandsvertreter, der sich über das Fastnachtstreiben wunderte und verpflichtet ist an seine Regierung neben Berichten über bestimmte Fragen sich auch über seine Wahrnehmungen im allgemeinen zu äußern. Diese Berichte kommen auch an die Reparationskommission und vor den Generalagenten selbst, der noch von vielen im Geheimen unterhaltenen stillen Beobachtern unterrichtet wird. Das Ergebnis dieser Wahrnehmungen sehen wir in dem sachlich ganz unzutreffenden Bericht des Generalagenten Parker Gilbert; ja wir fürchten, daß in der Reparationskommission gerade auch schon die Berichte über die letzte Silvesterfeier vermerkt worden sind, von der ja in allen Zeitungen zu lesen war, daß sie noch nie so großartig außerhalb der Familie begangen worden sei, wie dieses Jahr. Aber ein großer Teil des Volkes scheint nur den Satz zu kennen: „Lasset uns essen und trinken — und, wie man heutzutage hinzusetzen muß, — denn morgen sind wir tot.“ Dr. Bälz schreibt, man könne wohl zugeben, daß einmal im Jahr auch dem Wit und Humor und dem harmlosen Narrenspiel einige Tage frei seien, es komme dabei aber auf das Wie an. Und wörtlich wird dabei betont: „Wovor wir gerade diesmal mit allem Nachdruck warnen müssen, das ist, daß sich unsere Fastnacht lärmend und schreiend, prozig und herausfordernd zeigt. Unser heuriger Fasching steht unter der scharfen, wenn auch geheimen Kontrolle der Reparationskommission. Es wird heißen, wenn die Deutschen zu einem Zeitpunkt, in dem man ihre Schulden auf Jahrzehnte hinein festlegt, so viel Geld zu Vergnügungen übrig haben, so zahlen sie wohl tüchtig.“ Es erscheint daher als Pflicht, daß wir Deutsche uns auch im Fasching und hier erst recht unserer schlimmen Lage bewußt bleiben.

L. C. Bäuerliche Bodenpolitik.

Wer sich ernsthaft mit Agrarpolitik beschäftigt, der weiß, daß die übertriebene und systemlose Parzellierung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den bäuerlichen Gegenden eines oder vielleicht das wichtigste der Hindernisse eines gesunden Fortschrittes ist. Der Württ. Landtag berät zurzeit ein Anerkengesetz, durch das nach westfälischem Muster eine Höfrolle eingeführt werden soll, die durch freiwillige Eintragung des Hofes eine weitere Teilung oder Verkleinerung der zum Hof gehörigen Nutzfläche verhindern will. Im Württ. Wochenblatt für Landwirtschaft nimmt Herr v. Stauffenberg zu den bodenpolitischen Fragen Stellung. Ein Anerkengesetz genüge nicht zur Lösung dieser Probleme. Es müßte vielmehr eine durchgreifende Bodengesehgebung geschaffen werden, die durch Zusammenlegung seither getrennter Parzellen den Boden so vereint, daß wieder vernünftig darauf gewirtschaftet werden kann. Auf einem übermäßig parzellierten Grund und Boden gibt es keinen modernen Feldbau, ist die Anwendung teuren Saatgutes nicht zu rechtfertigen, die rationelle Unkrautbekämpfung unmöglich, und das meiste, was wir von Typisierung und Standardisierung unserer Produktion reden, undurchführbar. Wer ganz ehrlich sein will, muß gestehen, daß fast alle Verbesserungen der Technik der letzten 10 Jahre nur für vielleicht 10 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe, für die paar geschlossenen Höfgüter und die größeren Bauernhöfe mit einigermaßen geschlossener Feldfläche tatsächlich in Betracht kamen, für die kleineren parzellierten Betriebe aber kaum anwendbar waren.

Eisenbahnunfall bei Schelllingen.

Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am 3. Februar um 6.15 Uhr überfuhr der Personenzug 1030 Sigmaringen—Ulm das auf Halt stehende Einfahrtsignal des Bahnhofs Schelllingen und stieß mit der im Ausweichen begriffenen Lokomotive des Personenzuges 1049 zusammen. Infolge des Zusammenstoßes entgleiste ein Personenzug des Zuges 1030 mit einer Achse. Drei Reisende wurden leicht verletzt. Die Lokomotiven sind beide beschädigt worden. Zug 1030 ist auf der Strecke Schelllingen—Ulm aus-

gefallen. Der Unfall scheint auf einen Irrtum des Lokomotivführers zurückzuführen zu sein, der das Vorzeichen in Freifahrtstellung gesehen haben will und nach seinen Angaben das Einfahrtsignal infolge ausströmenden Dampfes nicht sehen konnte.

Die Lokomotiven.

Das Bestreben, die Reisegeschwindigkeit im Eisenbahnbetrieb dadurch zu steigern, daß man bestimmte Züge lange Strecken ohne Aufenthalt durchfahren läßt, machte besondere Einrichtungen für die Bereitstellung der erforderlichen Betriebsstoffe, namentlich des in großen Mengen verbrauchten Wassers notwendig. Einerseits suchte man die Lösung der Frage in Vorrichtungen, die eine Aufnahme von Wasser während der Fahrt ermöglichen, andererseits in der Vergrößerung des Tenderraums. So fassen die Tender der auf den langen englischen Nord-Südlinien laufenden Lokomotiven neun Tonnen Kohle und dreihundertzwanzig Kubikmeter Wasser. Das Lokomotivpersonal wird während der Fahrt gewechselt, denn die Erfrischung ruht vorher im Zuge, den sie durch einen in die Tender der neuesten Lokomotiven eingebauten Seitengang — ähnlich wie beim D-Zug-Durchgang — erreichen kann.

Der Raubmord in Stetten aufgeklärt.

Der am Sonntag, 14. Oktober 1928 auf dem Haltepunkt Stetten Gemeinde Endersbach verübte Raubmord, dem der 55 Jahre alte Wagenwärterausheiser Karl Pfund zum Opfer gefallen ist und bei dem aus der Stationskasse ein Betrag von 100 Mark geraubt wurde, ist nunmehr durch das Landeskriminalpolizeiamt aufgeklärt worden. Nachdem eine große Anzahl von Personen, die zunächst tatverdächtig erschienen, ergebnislos nachgeprüft worden waren, richtete sich im Laufe der Ermittlungen der Verdacht gegen den 49 Jahre alten Vorsteher des Haltepunktes Stetten, Jakob Götz, selbst. Der Verdacht verdichtete sich so sehr, daß Götz am 22. Januar mit seinem Nissen, der ebenfalls verdächtig erschien, festgenommen wurde. Während sich der Verdacht gegen den Nissen als unzutreffend erwies, so daß er wieder entlassen werden mußte, wurde gegen Götz richterlicher Haftbefehl erlassen. Durch die nachfolgenden Ermittlungen konnte dann soviel Belastungsmaterial festgestellt werden, daß Götz nach tagelangem Zeugnis am Abend des 1. Februars unter der Wucht des Beweismaterials ein umfassendes Geständnis abgelegt hat. Er befand sich in Selbstverlegenheit und gibt an, er sei durch Zeitungsberichte über Raubüberfälle auf Eisenbahnstationen durch maskierte Räuber auf den Gedanken gekommen, mit einer Maske vor dem Gesicht, seinen Kollegen Pfund zu überfallen und die Stationskasse zu berauben. Er habe dann den schwächlichen Pfund mit der Faust niedergeschlagen. Dieser habe sich zur Wehr gesetzt und ihm die Maske heruntergerissen. Nun sei er gezwungen gewesen, den Pfund zu töten, um nicht verraten zu werden. Er habe ihm ein Kragenschoner,

in den Mund gestopft und habe Pfund erstickt. Aus einer leicht zu öffnenden Tischschublade habe er dann einen Betrag von etwa 100 Mark an sich genommen. Dann habe er die eigentliche Stationskasse, eine Staffkassette zu erbrechen versucht. Dies sei ihm aber nicht gelungen, obgleich er einige Tage vorher schon die Schlüsselkolben dieser Kassette mit einem Meißel teilweise gelockert habe, um sie leichter erbrechen zu können. Er habe zwar den Schlüssel zu dieser Kassette im Besitz gehabt, habe sich aber nicht getraut, sie mit dem Schlüssel zu öffnen, weil sonst der Verdacht der Täterschaft auf ihn gefallen wäre.

Zwei Fernbeben.

Am Freitag abend um 18.22 Uhr und in der darauffolgenden Nacht um 1.10 Uhr verzeichneten die Instrumente der Hohenheimer Erdbebenwarte je ein starkes Erdbeben, das erstere mit einer Herdentfernung von 4300 Kilometer, das zweite mit 6200 Kilometer. Beide Beben scheinen ihren Herd in Zentralasien zu haben.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Starker östlicher Hochdruck beherrscht die Wetterlage. Für Dienstag und Mittwoch ist immer noch kaltes Wetter zu erwarten.

EW Gärtingen O. Herrenberg, 3. Febr. Am Donnerstag abend gerieten die Anwohner des Bahnhofes in große Aufregung. Die schon längere Zeit an Schwermut leidende Frau Luise Wiber hatte sich, wie schon mehrmals, von zu Hause entfernt und konnte nicht mehr aufgefunden werden. Bis man sie entdeckte, war sie bereits am Esel unter die Räder des Abendzuges geraten. Mit einem Schädelbruch und Verletzungen an den Füßen mußte sie schleunigst ins Krankenhaus nach Herrenberg verbracht werden.

EW, Stuttgart, 3. Februar. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamtes war am 31. Januar 1929 der Mitzbrand in 2 Oberämtern mit 2 Gemeinden und 2 Geschäften, die Maul und Klauenseuche in 7 Oberämtern mit 18 Gemeinden und 31 Geschäften, die Räude der Schafe in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Geschäft, die Schweineseuche mit Schweinepest in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Geschäft verbreitet. Ferner traten auf die Kopfkrankheit der Pferde in 6 Oberämtern mit 8 Gemeinden und 9 Geschäften, sowie die ansteckende Blutarmut der Pferde in 21 Oberämtern mit 36 Gemeinden und 36 Geschäften.

EW Mundelkingen O. Ebingen, 3. Febr. Im Dezember letzten Jahres stiechen Holzmacher beim erstmaligen Durchforsten einer jungen Kultur zwischen Mundelkingen und Zangerkingen auf einen Totenkopf. Genauere Nachforschungen förderten alsbald ein vollständiges menschliches Skelett zutage. Reste von Kleidungsstücken, Schuhe und einiger Schmuck fanden sich noch dabei. Letztere Fundstücke ließen von Anfang an keinen Zweifel darüber, daß es sich um eine weibliche Leiche handelt, die jedenfalls schon mehrere Jahre hier moderte. Die Annahme einer Mordtat liegt nahe.

Gedenket der hungernden Vögel!

Turnen

Gautenwarters-Zusammenkunft in Beutelsbach.

Bergangenen Samstag und Sonntag fanden sich die Obergau- und Männerturnvereine des 11. Turnkreises Schwaben in Beutelsbach zusammen, um Mitteln für das kommende Jahr, sowie den reichhaltigen Übungsstoff der Wettkämpfe für das 42. Landesturnfest in Heilbronn, das Ende Juni abgehalten wird, entgegenzunehmen. Da die Vorbereitungen bereits getroffen, und die Voranmeldungen schon sehr zahlreich abgegeben wurden, wird die schwäbische Turnerschaft in einem bedeutend größeren Rahmen als in Ulm, vor die Öffentlichkeit treten.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefk. se.	
100 holl. Gulden	168,91
100 franz. Franken	16,48
100 schweiz. Franken	81,11

Börsebericht.

Bei andauernder Geschäftsunlust an der Börse konnten zu Wochenende die Kurse letzte Gewinne erzielen. L.C. Stuttgarter Obst- und Gemüßgroßmarkt vom 2. Febr. Edeläpfel 35-40; Tafeläpfel 20-35; Bohnen 50-60; Kartoffeln 6-6,50; Endivienalat 8-20; Birning (Kohl.

trant) 15-18; Silberkraut 12-15; Weiskraut rund 12-15; Rotkraut 12-15; Blumenkohl Stück 30-100; Rosenkohl St. 15-25; 1 Pfund 30-40; Grünkohl 15-18; rote Rüben 10 bis 12; gelbe Rüben 12-15; Zwiebeln 1 Pfund 12-15; Rettiche 6-10; Sellerie 10-40; Schwarzwurzeln 30-40; weiße Rüben 1 Pfund 4-5.

Die Abfahrtskrise auf den Viehmärkten.

Im Reichstag ist ein von den süddeutschen Abgeordneten der Mittelparteien unterzeichneten Antrag eingegangen, der eine Gesetzesvorlage fordert, die der Abfahrtskrise auf unseren einheimischen Viehmärkten entgegenwirken soll. Dabei sollen besonders folgende Maßnahmen getroffen werden: 1. die Anpassung der Lebendviehpreise gemäß der Durchschnitts-Schlachtkonten an die Fleischpreise; 2. erhebliche Herabsetzung der Frachtpreise für lebendes Vieh und Milderung der Vorschriften über die Notwendigkeit von Begleitpersonen; 3. beschleunigte Verbesserung der Absatzorganisation des Großviehs im Rahmen des landwirtschaftlichen Notprogramms; 4. die Ausdehnung des Einfuhrsicherheitsystems auf alle erportfähigen Wurst- und Fleischwaren; 5. Ermäßigung der Posttarife für frische Wurstwaren.

Schweinepreise.

Vöhrach: Käufer 65-80, Milchschweine 20-40 M - Dillingen: Saugschweine 30-35 M - Leonberg: Milchschweine 20-30, Käufer 40-60 M - Oberfontheim: Milchschweine 27 bis 35 M - Wangen i. N.: Ferkel 32-38 M.

Altdorf: Ferkel 35-42 M - Groglingen: Milchschweine 32-36 M - Oberstfeld: Milchschweine 26-37 M - Spaltingen: Milchschweine 25-32 M.

Balingen: Milchschweine 27-37 M. - Bessheim: Milchschweine 25-31 M. - Erailsheim: Käufer 45-75, Milchschweine 27-39 M. - Giengen a. Br.: Saugschweine 25 bis 38, Käufer 45-67 M. - Hall: Milchschweine 27-40, Käufer bis 50 M. - Herrenberg: Milchschweine 35-38 M. - Künzelsau: Milchschweine 22-31 M. - Nottwil: Milchschweine 27-38 M. - Trossingen: Milchschweine 24-34 M. - Waiblingen a. G.: Milchschweine 25-32, Käufer 47 M.

Fruchtpreise.

Vöhrach: Weizen 11,20, Roggen 10-10,50, Gerste 11 bis 12, Hafer 10,30-11 M - Wangen i. N.: Hafer 11,30-12,50, Gerste 11,80-12,80, Weizen 12,80-13,50, Roggen 12 M per Zentner.

Giengen a. Br.: Kernen 12, Roggen 10,40, Gerste 11,60 bis 12,10, Hafer 10-10,80, Weizen 10,40-11,30 M. - Dillingen: Weizen 12-12,50, Dinkel 9-9,50, Gerste 11,50 bis 12, Hafer 11,50-12 M. - Winnenden: Weizen 11,80-12,20, Hafer 10,80-11,20, Dinkel 9,50-9,70, Roggen 11-11,60, Gerste 11 M.

Die letzten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. Verhältnisse in Rücksicht kommen. Die Schrittl.

Schluß des Winterausverkaufs: Dienstag Abend 7 Uhr. Paul Röchle, am Markt, Calw.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Calw.

Siu- und Brennholz-Verkauf.

Das vom Abbruch der Scheuer beim Calwer Hof herrührende Holz wird am Mittwoch, den 6. Februar 1929, nachmittags 2 Uhr, im Au freich verkauft. Das Holz eignet sich teilweise zur Wiederverwendung als Bauholz.

Calw, den 2. Februar 1929.

Stadtverordn.

Magen, Galle, Leber, Darm, wenn es da fehlt, der ist arm!

Abt Gebhardts echte Kloster-Lebensessenz hilft. In den Apotheken zu Calw, Liebenzell und Teinach. Probefl. Mk. 1.40 Originalfl. Mk. 2.50

Brennholz- und Birkenhaarwasser für Haare und Haarboden. Flasche Mk. 1.50 bei R. Otto Vinzow, Calw.

Continental mit geräuschlosem Wagenrücklauf ist die unübertroffene Schreibmaschine. Alle Vertreter: **Georg Kübele** Schreibmaschinen Nagold.

Habe **2 Erstlings-Mutter-Schweine** 4 Wochen trüchtig, zu verkaufen. **Gottlob Schneider**, beim Schulhaus, Gchingen.

Haararbeiten jeder Art und Preisliste fertigt **Friseur Odermatt**.

Geschäfts-Übernahme.

Der geehrten Einwohnerschaft von Bad Liebenzell und Umgebung zur Kenntnis, daß ich das

Schuhgeschäft der Geschw. Straffer übernommen habe. Gleichzeitig teile ich mit, daß ich dem Geschäft eine

Maß- und Reparaturwerkstatt angeschlossen habe. Es wird mein Bestreben sein stets gute und preiswerte Waren zu liefern und die mir übertragenen Arbeiten aufs pünktlichste zu erledigen.

Hochachtungsvoll

Joh. Baer, Schuhmachermstr. Bad Liebenzell.

Herzliche Einladung zu einer

Missionsfeier

in der Kirche

heute Montag abend 7 1/2 Uhr

Redner: Herr Dekan Roos

und der eingeborne Pfarrer Modi

aus Ramerun

(Das Opfer ist für die Basler Mission) Stahl.

Neubulach, 2. Februar 1929.

Dankagung



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Schwester

Marta Maier

erfahren durften, für die große Trauerbegleitung, für die zahlreichen Kranzspenden, für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Maier, für den erhabenden Gesang des Mädchenschor sowie den Altersgenossen, die sie zur letzten Ruhestätte getragen haben, sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank

Im Namen

der trauernden Geschwister: **der älteste Bruder Christian Maier Kaufmann.**

Algenberg, den 2. Februar 1929.

Dankagung



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der langen Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Mannes, Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Schwagers und Onkels

Jakob Schroth

erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für die tröstlichen Worte sowie dem Leichenchor von Alburg für den erhabenden Gesang, den Herren Ehrenträgern für ihren letzten Liebesdienst, für die überaus zahlreiche Begleitung von nah und fern zu seiner letzten Ruhestätte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

W. Forstamt Calmbach Forstmeister u. Oberförster-Revier.

Stangen-Verkauf.

Am Freitag, den 15. Februar 1929, vormittags 10 Uhr in Calmbach, im Gasthaus zur Sonne aus Staatswald Distrikt I Eiberg, II Hengstberg, III Meistern, IV Helmenhardt und V Kälbling (zirka 92 % Fl., 8 % La.) Baufl.: 205 I., 604 I., 558 II., 176 III., 202 IV., 343 V. Kl.; Hopfenst.: 375 I., 442 II., 390 III., 210 IV. Kl.; Kleint.: 10 I. Kl.; Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. J. S., Stuttgart.



Verkaufsstellen: I. Odermatt.

Empfehle mich in der **Anfertigung von Kinderwäsche und Knabenhöschen**. Interessenten wollen ihre Adresse abgeben unter Nr. S. 29 in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

1000 RM.

in gutgehendes Geschäft, gegen gute Sicherheit, von Privatgehend

gesucht. Angebote unt. Nr. 29 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Einen schönen

Zuchtfarren

12 Monate alt hat zu verkaufen.

Ehr. Dengies Althengstetl Dtl. Calw.

Verkaufe einen

Wolfshund

(Rüde) sehr schönes Tier und sehr wachsam. Wer, sagt die Gesch.-St. ds. Bl.

Süße Woche!

Weitere **10%**

Rabatt auf meine schon weit-herabgesetzten

Winter-schuhwaren Schuhgeschäft

S i f e r Badstraße

Hirsau.

Brennholz Bündelholz

gibt laufend ab

L. Raercher, Sägewerk, Fernruf 272.

Simmozheim

Eine sehr schöne

Rug- u. Fahr-Ruh



samt dem 1. Kalb, hat zu verkaufen

Otto Fuchs.

Gute

Rug- u. Schaffaub

mit dem 2. Kalb 34 Wochen trüchtig od. eine 32 Wochen trüchtige

Kalbin verkauft. **Johannes Schönhar. 1 Oberhollwangen.**

Sonderpreise v. 4. u. 11. Febr. wie bringen nur Qualität!

Schmelz-Schokolade „Rheinwein“ 100 Gr. 25 Pfg. Tafel 200 Gr. 50 Pfg. Tafel

Vollmilch-Schokolade 3 Tafeln 100 Gr. 85 Pfg. 200 Gr. 55 Pfg. Tafel

Bensdorf-Schokolade Vollmilch u. 3 Tafeln Porto-Cabello à 100 Gramm 1.-

Kreme-Schokolade 100 Gr. 20 Pfg. Tafel 200 Gr. 35 Pfg.

Kreme-Pralinen 1/2 Pfd. 20 Pfg.

Lohmann-Pralinen 3 Kart. à 100 Gr. 85 Pfg. 200 Gr. 55 Pfg. Karton

Vonbous 1/2 Pfd. 15 Pfg. an

Milch-Karamellen 1/2 Pfd. 25 Pfg.

mit alles

5% Rabatt

Lebkuchen